

Sehr geehrter Herr KraÙnig !

30. 10. 2008

Hier AuszÙge aus den beiden PrÙfberichten des Europarats und der UNO . **Beide Berichte gibt es nur in englischer Sprache . In Òsterreich wurden sie bisher nicht verðffentlicht oder ùbersetzt .**

Hier der zusammengefasste Inhalt der PrÙfberichte und meine Kritik am Verhalten der Organe der Republik:

Europarat und UN-CERD verlangen eine demokratische Minderheitenermittlung

- **Der Europarat** fordert in seiner Resolution vom 11. Juli 2008 Òsterreich auf , das „Rahmenùbereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ vollinhaltlich in innerstaatliches Recht umzusetzen . Man lehnt Umgangssprachenerhebungen zum Zweck der Minderheitenermittlung strikt ab und begr¼ndet dies mit folgender Bestimmung im Rahmenùbereinkommen : „ Jede Person , die einer nationalen Minderheit angeh¼rt , hat das Recht , frei zu entscheiden , ob sie als solche behandelt werden m¼chte oder nicht“ . Dar¼ber hinaus verlangt man vom Nationalrat eine Ersatzregelung f¼r die im Volksgruppengesetz aufgehobene 25 Prozent Klausel , die eine Vorfrage f¼r die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln bildet .
- **Im Bericht des UN-Komitees zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (UN-CERD), Session August 2008** , kommt man zu denselben Ergebnissen wie der Europarat , verlangt von Òsterreich eine korrekte , demokratische Minderheitenermittlung , die Einhaltung der Selbstbestimmungs- und Bekenntnisrechte und ist gegen die in Òsterreich ùbliche v¼lkische Zwangszuordnung gemischtsprachiger Personen, die eine Form des Rassismus darstellt .

Zuhaltung zu internationalen Vertr¼gen eingefordert

In beiden Staatenberichten werden Òsterreich Rechts- und Vertragsbeugungen vorgehalten , die auch den Verfassungsgerichtshof betreffen .

Als gelernter Òsterreicher weiÙ man , dass bei uns nicht Recht sein darf , was rechtens ist . So wird man Seminare , Konferenzen und UnterausschÙsse anberaumen , um beide internationale Institutionen hinzuhalten . Sie werden sich dies auf Dauer nicht bieten lassen . Denn

„ Jede Person , die einer nationalen Minderheit angeh¼rt , hat das Recht , frei zu entscheiden , ob sie als solche behandelt werden m¼chte oder nicht“

Rahmenùbereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (BGBI.120/1998) ; Art. 3

Eine korrekte demokratische Minderheitenermittlung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen ist eingemahnt und wird daher k¼nftig nicht zu umgehen sein .

Die f¼r die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln entscheidende Vorfrage ùber die zahlenm¼Ùige St¼rke der nationalen Minderheit , hat daher rechts- und vertragskonform gel¼st zu werden .

Beste Gr¼ÙÙe
H. Gradenegger